„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Wittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.

Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.

Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Freihandel oder Schutzzoll?

Diese Frage spielt im gegenwärtigen canadischen Wahlkampf wiederum eine nicht geringe Rolle. Obwohl das Problem schon seit hunderten Jahren ein Streitobjekt in der Politik aller Länder darstellt, kann man dennoch nicht behaupten, daß die Meinungen darüber eine Klärung erfahren hätten; weil die Parteien daraus nur agitatorisches Material für ihre besonderen Interessen geschlagen haben.

Diese Verwirrung der Geister veranlaßt uns, die wir im „Courier" stets bestrebt sind, eine sachliche Aufklärung unserer Freunde zu betreiben, zu einigen Worten.

Zunächst sei festgehalten, daß die Frage „Freihandel oder Schutzzoll" keine Prinzipienfrage sein kann, sondern nur nach den jeweiligen Notwendigkeiten der nationalen Wirtschaft beantwortet werden muß. Ein Land, das vielleicht jahrzehntelang den Freihandel als dringend erforderlich erachtet hat, kann durch die Entwicklung seiner Gewerbe und das Anwachsen seiner Bevölkerung gezwungen werden, zu einem mehr oder minder starken Schutzzoll überzugehen. Andere Länder, die ihre heimische Produktion unter besonderen Umständen mit einer Schutzzollmauer umgeben mußten, sind vielleicht zu einem allmählichen Abbau dieser Mauer geneigt, weil der Freihandel ihnen bessere Gewinne verspricht. Dazu kommen noch internationale Erwägungen, das heißt Rücksichten auf gewisse Staaten, deren Waren und Fabrikate besonders begehrt sind und die durch billige Einfuhr dem inländischen Verbraucher eine Kauferleichterung bieten sollen. Auf der anderen Seite kann der Schutzzoll zu einem Druckmittel gegenüber dem Ausland verwendet werden, um dieses zu zwingen, bei seiner eigenen Zollgesetzgebung die Bedürfnisse des Nachbarn in Rechnung zu stellen oder bei Abschluß von Handelsverträgen die Meistbegünstigung zu gewähren.

Schon diese wenigen Worte, die das berührte Problem noch bei weitem nicht erschöpfen, zeigen, daß wir es hier mit einer schwierigen Frage zu tun haben, die mit Parteischlagworten wie „Freihandel" oder „Schutzzoll" nicht zu lösen ist. Daher ist es auch grundfalsch, andere Länder ohne weiteres zum Vergleich mit dem eigenen Lande heranzuziehen, wie das auch in Canada mitunter geschieht. Welchen Sinn soll es haben, Canada mit den Ver. Staaten oder auch mit Großbritannien zu vergleichen? - Großbritannien verdankte seinen wirtschaftlichen Aufschwung vor dem Kriege hauptsächlich seiner Freihandelspolitik, weil es hinsichtlich seiner Ernährung und verschiedener wichtiger Rohprodukte auf eine billige Einfuhr angewiesen ist, weil es als ein überwiegender Handelsstaat im Verkehr mit ausländischen Mächten möglichst große Ellenbogenfreiheit benötigt, weil seine Industrie in der Vorkriegszeit vielfach auf Weiterverarbeitung von sogenannten Halbfabrikaten angewiesen war. Die Ver. Staaten hingegen sind in der beneidenswerten Lage, auf ihrem riesigen Gebiet über eine solche Menge landwirtschaftlicher und mineralischer Naturwerte zu verfügen, daß sie fremde Einfuhr bei weitem nicht in dem Maße wie Canada oder England brauchen. Daher hat auch der amerikanische Schutzzoll seine innere Berechtigung.

Und Canada? Ein Großteil seiner wirtschaftlichen Kraft liegt im Farmerwesen, der Jahr für Jahr durch seine Ernten Tausenden und Millionen von Canadiern Arbeit und Verdienst gewährt, der die Eisenbahnen beschäftigt, der Einwanderer ins Land zieht und der namentlich ausländische Werte im Tausch für seinen Weizen der ganzen Dominion zuführt. Der Farmer kann aber unter den hiesigen Verhältnissen nur gewinnbringend produzieren, wenn die Beschaffung seiner Maschinen und Geräte, seiner Kleider und Schuhe und seiner vielen sonstigen Bedürfnisse nicht seine Einnahmen übersteigt. Darum, so rufen viele, gebt uns vollen Freihandel, öffnet die Grenzen, damit die ausländischen Waren, die oft billiger sind als die im Lande erzeugten, auch zu annehmbaren Preisen zu uns gelangen können! Schön und gut. Doch Canada wird nicht immer Agrarland bleiben. Im Osten sind bereits die ersten Anfänge einer canadischen Industrie vorhanden. Ja, es gibt sogar Farmer, die sich der Hoffnung hingeben, daß eine entwickelte einheimische Industrie in absehbarer Zeit die inländische Kaufkraft für die landwirtschaftlichen Produkte erhöhen, und daß dadurch die canadische Farmerei von den Schwankungen des Weltmarktes unabhängiger werde — eine Idee, die nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Dazu gesellen sich Vorurteile des Ostens gegen den Westen und des Westens gegen den Osten, die sich oft wie zwei feindliche Brüder gegenüberstehen, hauptsächlich durch wirtschaftliche Beweggründe veranlaßt. Unter diesen Umständen ist die Behandlung der Zollfrage eine heikle Angelegenheit, die nicht von Parteipolitikern, sondern von Staats- und Wirtschaftspolitikern gelöst werden muß, welche mit tiefem Verständnis die nationalen und ökonomischen Notwendigkeiten Canadas begreifen, ganz zu schweigen davon, daß die Zollfrage auch ihre Bedeutung vom Gesichtswinkel der Staatsfinanzen hat.

Uns scheint nach Prüfung der Verhältnisse, daß der zuletzt eingeschlagene Kurs in Ottawa verhältnismäßig am besten den Interessen ganz Canadas zu dienen geeignet ist. Sollten dabei wirklich einige Industrien zu Schaden kommen, so wäre das ein Beweis dafür, daß sie auf canadischem Boden keine Existenzberechtigung haben, weil ihnen die natürlichen Vorbedingungen dafür fehlen. Wozu aber Industrien aufpäppeln, die nur unter einem hohen Schutzzoll auf festen Füßen stehen, welche die Lebenskosten der Bevölkerung unnötig verteuern und im übrigen bloß einigen Kapitalisten Geld in die Taschen werfen? Lebensfähige Fabrikationszweige hingegen können uns in Canada nur willkommen sein und dürfen auch Anspruch auf eine gewisse Förderung der Regierung erheben.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Einhaltung eines Mittelweges bei der gegenwärtigen Lage der Dinge für Canada in der Frage „Freihandel oder Schutzzoll?" das Gegebene ist.

Laßt Eure Kinder Deutsch lernen!

Vor dem Kriege, schreibt die „Omaha Tribüne", hatte Nebraska für seine Bevölkerung die größte Anzahl Schüler, die deutschen Unterricht in den Gemeindeschulen und öffentlichen Schulen nahm. Der Krieg mit seiner furchtbaren Deutschenhetze hat am deutschen Unterricht das größte Unheil angerichtet. Hier wurden die schwersten Sprachenkämpfe in der Geschichte des Landes ausgefochten, und zwar siegreich ausgefochten. Der Sieg in der Sprachenfrage sicherte den Sieg in der Religionsfreiheit in der Entscheidung des Bundesobergerichts im Oregon Schulgesetz-Prozeß, dessen Verlauf ganz auf der Entscheidung des Nebraska Sprachengesetzes basierte. Man sollte nun denken, daß schon Selbstbewußtsein und Rassenstolz die Bürger deutscher Herkunft bestimmen würden, für deutschen Unterricht ihrer Kinder zu sorgen. Sie haben für immer sich den Ruhm erworben, die Pioniere in den denkwürdigen Sprachenkämpfen gewesen zu sein und man sollte annehmen, daß sie nun auch die ersten sein würden, die wieder für angemessenen Unterricht ihres Nachwuchses in der Muttersprache sorgen würden. Leider ist dem nicht so. Leider haben viele deutsche Kirchen-Gemeinden den Deutschunterricht überhaupt noch nicht wieder eingeführt, oder erteilen ihn nur in so geringem Maße, daß er wenig Nutzen und Zweck hat. Es ist deshalb kein Wunder, daß sich viele Gründer deutscher Gemeinden ob der in ihren Kreisen herrschenden Zustände oder die Frage bitter beklagen. Sie haben die Gemeinden gegründet, sie in der schweren Zeit aufrecht erhalten, und nun geht man über berechtigte Wünsche oder Forderungen als etwas Ueberlebtes hinweg. Die Vorsteher dieser Gemeinden sollten bedenken, daß sie ihrem Nachwuchs in erzieherischer Beziehung nicht nur ernstlich schaden, sondern auch ihre kirchliche Gemeinschaft benachteiligen.

Die hiesigen Eltern, deren Kinder die Hochschulen besuchen, sollten darauf bestehen, daß sie deutschen Sprachunterricht nehmen. Wenn er noch nicht wieder eingeführt ist, wird er eingeführt werden, wenn sich mal wieder eine starke Nachfrage zeigt. Französisch und spanisch wird gelehrt, nur das Deutsche ist in vielen Plätzen immer noch ausgeschaltet. Deutsch hat viel mehr Wert, als die beiden ersten erwähnten Sprachen; sicherlich mehr als französisch, das nur wieder durch den Krieg zur Modesprache erhoben werden soll. Deutsch wird heute und in der Zukunft noch viel mehr, von Millionen von Menschen mehr, gesprochen, als französisch. Der französische Vorsprung im amerikanischen Lehrplan ist vorübergehend. Deutsch muß und wird wieder zu seinem Recht kommen, wenn nur unsere Nachkommen sich auf sich selbst besinnen und ihre Rechte fordern.

Den deutschamerikanischen Eltern, die noch nicht mit sich ins Reine gekommen sind, ob sie ihre die Hochschule besuchenden Söhne und Töchter am Deutschunterricht teilnehmen lassen sollen, seien folgende Worte des Expräsidenten William H. Taft, eines glühenden Amerikaners, ins Gedächtnis gerufen: „Das Deutsche ist eine Sprache, in der so viele Meisterwerke der Literatur geschrieben und so viele wissenschaftliche Werke veröffentlicht worden sind, daß jeder gebildete Mensch die Sprache kennen sollte. Es tut mir leid, daß ich, obgleich sich mir die Gelegenheit dazu bot, nicht genug Ausdauer hatte, um sie mir anzueignen." — Viele Hochschulzöglinge nichtdeutschen Stammes werden von der Gelegenheit, Deutsch zu lernen, Gebrauch machen. Werden Eltern und Kinder deutschen Bluts sich von ihnen beschämen lassen?

Nachstehend ein bedeutsames Zeugnis von Dr. W. Whitney, Oberchemiker der General Electric Co., über den Wert des deutschen Sprachunterrichts: „Die Möglichkeit, daß wir die Arbeit der Bekämpfung der Krankheiten mit Serum und ähnlichen modernen Fortschritten weiter führen können, verdanken wir zum Teil der mühseligen Arbeit der deutschen Forscher, die das Ergebnis ihrer Forschungen in bahnbrechenden Werken niedergelegt haben. In der John Crerar-Bibliothek in Chicago, der umfangreichsten wissenschaftlichen Bibliothek des Landes, bilden die deutschen Bücher etwa 30 Prozent der Gesamtzahl. In der Bibliothek des „Rockefeller Institute for Medical Research" ist das Verhältnis der deutschen Bücher zu den englischen 2 zu 1. In der Bibliothek unseres Laboratoriums für Forschungen (Research Laboratory) sind über drei Achtel der Regale mit deutschen Werken gefüllt. Und wir machen auch jetzt noch täglich die Erfahrung in der Bibliothek, daß viele der besten Artikel und Nachschlagbücher den jungen Ingenieuren unzugänglich blieben, weil letztere nicht imstande sind, Deutsch zu lesen." Und der amerikanische Gelehrte Dr. Wheelock sagt: „In dem Studium der deutschen Sprache finden wir Schönheit, Mittel zur Kultur und praktischen Wert."

Weltumschau

Deutschland

Die Einladung der Alliierten an das Reich, eine Konferenz zur Beratung eines Sicherheitspakts zu beschicken, ist dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann durch den französischen Botschafter de Margerie gestellt worden. Die Einladung erfolgte in Form eines Memorandums, in dem festgestellt wird, die Staatsmänner der Alliierten erachteten nachgerade die Zeit zur Einberufung einer Konferenz für gekommen, auf welche die verschiedenen Fragen, welche während der Dauer des Notenaustausches aufgeworfen wurden, zur Besprechung gebracht werden können. Wie verlautet, ist als Datum der Konferenz Ende September oder der Anfang Oktober in Vorschlag gebracht. Die Stadt zur Abhaltung der Tagung ist in dem Memorandum nicht erwähnt.

Das Luther-Kabinett wird die Einladung der Alliierten zur Beteiligung an einer Konferenz über den vorgeschlagenen Sicherheitspakt nicht vor dem 20. September zur Erwägung aufnehmen, berichtet die „Tägliche Rundschau", die als Mundstück des Außenministers Stresemann gilt. Das Blatt erklärt, das Kabinett werde erst wieder in Sitzung treten, nachdem Präsident von Hindenburg und Kanzler Luther von den Befreiungsfeiern im Rheinland anläßlich Abzuges der alliierten Truppen aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt sind. Das Kabinett wird sich wahrscheinlich für eine Sicherheits-Konferenz entscheiden, und diese Entschließung wird dann dem Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und den Ministerpräsidenten der deutschen Bundesstaaten zur Erwägung und Beistimmung unterbreitet werden.

Amtlich wurde in Abrede gestellt, daß Vertreter des Auswärtigen Amts in Paris oder in irgendeiner anderen europäischen Hauptstadt in Vorbesprechungen mit Vertretern der Alliierten gewesen seien.

Die Reichsregierung hat Dr. Adolf Friedrichs, Abteilungsvorstand im Finanzministerium, mit der Aufgabe betraut, in den Vereinigten Staaten die Ansprüche der Besitzer deutscher Wertpapiere, die gesetzlich aufwertbar sind, zu regeln.

Das Reichs-Finanzministerium ersucht amerikanische Besitzer deutscher Wertpapiere in Zukunft zu unterlassen, ihre Freunde in Deutschland zu beauftragen, Aufwertungsansprüche geltend zu machen. Die Wertpapiere sollten nicht nach Deutschland geschickt werden. Dies habe nur eine Verwirrung zur Folge. Dr. Friedrichs werde es allen Besitzern deutscher aufwertbarer Wertpapiere möglich machen, ihre Ansprüche direkt anzumelden. Die Arbeit, die in Verbindung mit dem Aufwertungsgesetz zu erledigen ist, steht in der Finanzgeschichte Deutschlands beispiellos da. Mehr als 40 Millionen Aktien und dergl. müssen umgetauscht und Millionen von Ansprüchen einzeln geprüft werden, um auszufinden, ob die Wertpapiere vor der Inflationsperiode oder später von ihren jetzigen Besitzern angekauft wurden.

Der „Börsen-Courier" sagt in einem Kommentar des Berichtes des Reparations-Generalagenten S. Parker Gilbert über die deutschen Zahlungen im ersten Geltungsjahr des Dawes-Plans, daß rund 214 Millionen Goldmark der Summe an unproduktive Ausgaben verschwendet worden seien. „Diese verschwendeten Millionen", fährt der Kommentar fort, „schließen 188 Millionen ein, mit denen die Unkosten der Okkupations-Armeen und 26 Millionen für verschiedene Kontroll-Kommissionen gedeckt wurden."

Präsident von Hindenburg trat in Begleitung von Kanzler Luther, des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun und des Ministers des Innern Severing einen dreitägigen Besuch in verschiedenen Städten des Ruhrtals an. Auch Düsseldorf, wo große Festlichkeiten zur Feier der Beendigung der französisch-belgischen Besetzung stattfinden, wird besucht. Der Präsident und seine Gesellschaft werden in Bochum, Essen und Duisburg Aufenthalt machen.

Ein Beschluß, der in der Zusammenkunft von deutschen Bankiers gefaßt wurde, erklärt, daß die Währung im Interesse des wirtschaftlichen Lebens des Landes geschützt werden muß. Die Bankiers begrüßen alle Maßnahmen, um die Ausfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten zu erhöhen und die Einfuhr unnötiger Gegenstände zu beschränken. Nach dem Beschluß sind Bemühungen notwendig, um die deutsche Industrie von ausländischen Rohstoffen weniger abhängig zu machen. Alle Stände im Inland und Ausland, die an Sicherstellung der deutschen Währung interessiert sind, sollen Deutschlands Versuche zur Zurückerlangung von überseeischen Kolonien tatkräftig unterstützen.

Die Nachricht der Amalgamierung der drei großen deutschen Petroleumfirmen, der Deutschen Erdöl-Gesellschaft, der Deutschen Petroleum-Gesellschaft und der Ruetgers-Werke, hat in deutschen Finanz- und Handelskreisen eine ungeheure Sensation hervorgerufen. Diese Gesellschaften haben sich Jahre lang bitter bekämpft und alle Versuche, sie zusammenzubringen, haben sich seither als vergeblich erwiesen. Nun aber übernimmt die Deutsche Petroleum-Gesellschaft die Interessen der beiden anderen Konzerne. Um dieses zu ermöglichen, soll das Aktienkapital von 24 auf 32 Millionen Mark erhöht werden. Wie verlautet, war es die Konkurrenz des Auslandes, welche die sich feindlich gegenüberstehenden deutschen Gesellschaften zwang, zum Selbstschutz zu einer Amalgamierung zu schreiten. Die Standard Oil und die Royal Dutch Kompanie waren infolge ihrer vorzüglichen Organisation soweit im Stande, die deutschen Gesellschaften zu unterbieten und zahlreiche der kleinen Firmen, die im Laufe des Krieges wie Pilze aus der Erde emporgeschossen waren, an die Wand zu drücken. Um nicht von diesen ausländischen Interessen vollständig überflügelt zu werden, haben nunmehr die drei ältesten und größten deutschen Petroleum-Gesellschaften beschlossen, das Kriegsbeil zu begraben und sich zusammenzuschließen.

Frankreich.

Frankreich bereitet gegen die Rifrebellen in Marokko neue Unternehmungen in großem Umfang vor, wie Premier Painlevé erklärte. Er ist mit dem bisherigen Fortschritt sehr zufrieden und er hofft die Erreichung aller Ziele während des Oktober. Junge Soldaten, deren Dienstzeit während ihres Aufenthaltes in Marokko erlischt, werden nach dem Premier nicht bei der Fahne behalten, sondern vielmehr entlassen. Der Premier kündigte auch an, daß die Deputiertenkammer Ende nächsten Monats einberufen wird. Er telegraphierte an Marschall Petain die Glückwünsche und den Dank der Regierung für die wichtigen Erfolge, welche bei den vorbereitenden Unternehmungen gegen Abd el Krims Rebellen erzielt worden sind.

Marokko

Die französischen Truppen haben das Gewehr mit dem Spaten vertauscht und sind jetzt eifrigst beschäftigt, das von ihnen in den letzten drei Tagen besetzte Gebiet zu befestigen. Es werden Straßen und Brücken gebaut, um die absolute Kontrolle der Gegend nördlich vom Wergalfluß zu sichern. An anderen Stellen der Front sind Vorbereitungen zu einem Vorstoß im Gange, der einen ähnlichen Umfang haben wird wie der Angriff die Werga entlang.

Die politischen Folgen des französischen Erfolges werden sofort bemerkbar. Der mächtige Stamm der Senadichi hat sich unterworfen und die Ausdehnung der militärischen Operationen östlich von Tounat wurde infolgedessen eingestellt. Die Unterhandlungen über die Unterwerfung aller Bewohner des reichen Tales an der oberen Werga wurden heute beendet.

Am westlichen Flügel haben die Franzosen trotz heftigen Widerstandes der Kabylen die Anhöhen von Bab Hosina besetzt. Der Stamm der Rihana hat vor den anrückenden französischen Truppen die Flucht ergriffen und alle ihre Habseligkeiten, Herden und Vorräte fielen in die Hände der Franzosen.

Die Höhe der französischen Verluste wird in dem Bericht des Hauptquartiers nicht angegeben, und bloß bemerkt, daß die Verluste in allen Operationen ganz gering seien.

Im Gebiete von Tetuan spielen sich blutige Gefechte ab. Trotz des „fanatischen Widerstandes" der Rifioten sollen die spanischen Truppen zwei Kilometer vorgedrungen sein. Die Spanier haben nach dem Bericht nur 70 Tote und Verwundete verloren, während die Verluste der Rifioten mit 70 Toten angegeben werden. Aus der Gegend der Alhucemas Bucht werden nur Plänkeleien gemeldet.

Großbritannien.

Das kommunistische Blatt „The Sunday Worker" veröffentlicht einen Luftpostbrief aus Moskau, der die britische Arbeiterpartei wegen angeblicher „kriegerischer Absichten" der britischen Regierung gegen die Räterepublik alarmieren soll. Die Kriegsgefahr sei vertagt, aber nicht beseitigt, und das Ziel der gegenwärtigen Tätigkeit Englands in der Ostsee sei, einen Angriff vorzubereiten, der in der Blockade der russischen Flotte im finnischen Golf, einem Angriff auf Kronstadt und der Errichtung einer „weißen" Regierung in Leningrad bestehen werde. Es wird dann behauptet, daß die Verpachtung der Inseln Oesel und Dago an die britische Regierung trotz der Ableugnung der estländischen Presse eine vollendete Tatsache, und der Besuch, den ein britisches Geschwader jüngst der Ostsee abstattete, eng mit der Schaffung einer Flottenbasis auf diesen Inseln verknüpft sei. Mit der Arbeit an der Befestigung der beiden Inseln sei bereits begonnen worden und England baue sich dort tatsächlich ein zweites Gibraltar in der Ostsee.

Weiter wird erklärt, daß britische Kapitalisten auch die Armierung der Aalandinseln Uto und Ere finanzierten, die natürlich nominell durch die finnische Regierung erfolge, aber nach Plänen, die von britischer Seite inspiriert wurden. Am Ladogasee seien von britischen Firmen, Sechs Zoll Geschütze und Unterseeboot-Stationen installiert und Dänemark sei von den Briten die Beteiligung an den Paktunterhandlungen und die Vertiefung des Drogden Endes des Sund nahegelegt worden.

Schließlich heißt es in dem Brief: „Was Schweden anbetrifft, versucht England eine Annäherung Finnlands mit ihm, lieber als mit Polen herbeizuführen. Eine polnisch-finnische Allianz würde den französischen Einfluß in der Ostsee stärken, was das letzte wäre, was England wünscht."

Rußland

Sowjet-Rußland bereitet sich auf ein Programm industrieller Ausdehnung vor, das die ernste Mitarbeit der fremden Mächte verlange, erklärte Leon Trotzki vor einer Gruppe besuchender Parlamentarier der englischen Arbeiterpartei. Innerhalb der nächsten zwei Jahre werde Rußland den größten Markt für fremde Waren und fremdes Kapital bilden, sagte er. Jetzt sei die Zeit für Rußlands auswärtige Lieferanten, ihre Geschäfte mit Rußland aufzubauen. Trotzki erklärte, wenig Hoffnung auf solide Handelsbeziehungen mit England zu haben, wegen des Konservatismus der britischen Industriellen und der Politik der britischen Regierung, die er eine „Sabotage" des englisch-russischen Handels nannte. Er machte die Abordnung mit den Rekonstruktionsplänen der Sowjetregierung bekannt und gab ihr auf ihr Ersuchen volle Auskunft über Rußlands wachsende Geschäftsbeziehungen mit Amerika.

Mit einem großartigen Bankett in Moskau, das die russische Regierung und der Moskauer Sowjet zu Ehren der ausländischen Gäste gab, gelangten die Festlichkeiten anläßlich der Zweihundertjahrfeier der russischen Akademie der Wissenschaften zum Abschluß. Ueber 1000 Personen, darunter das ganze diplomatische Korps, wohnten bei. Champagner floß reichlich. Unterrichtskommissar Lunacharsky sprach, außer in russisch, in deutsch, englisch, italienisch und lateinisch. Präsident Kalinin, Kamenew als Gouverneur des Moskauer Bezirkes und Litvinow feierten das Ereignis und den Besuch der ausländischen Gäste als ein Zeichen der Einheit der Wissenschaft unter den Arbeiterklassen.

Ungarn.

Ungarn hat natürlich ebenso wie andere Länder unter den Schwierigkeiten zu leiden gehabt, die der Stabilisierung seiner Währung folgten, obwohl es als ein überwiegend agrarisches Land weit weniger hart betroffen wurde als Industriestaaten. Die Großhandelspreise folgten gleichlaufen den Weltpreisen, und im allgemeinen hatte sie die Mitte zwischen den Ländern mit hohen und denen mit billigen Preisen. Das System der Ausfuhr- und Einfuhrbewilligungen ist im Laufe des Jahres abgeschafft worden und statt dessen wurde ein verhältnismäßig hoher Zolltarif eingeführt, der indessen eine gute Basis zu Vertragsverhandlungen bildet.

Die Ernte ist ausgezeichnet und die Voraussagung des Budgetüberschusses sowie die 30 Millionen Goldkronen aus der Rekonstruktionsanleihe sollten auf die Industrie stimulierend wirken. Die Metallreserven der Nationalbank, die ihr erstes Geschäftsjahr erfolgreich beendet hat, stehen jetzt auf nahezu 3000 Milliarden Papierkronen, beinahe das Dreifache der 1000 Milliarden, die sie im ersten Wochenausweise zeigte. Eine Goldkrone ist gleich 14,365 Papierkronen. Die Geldvorräte der Bank belaufen sich auf 630 Milliarden Papierkronen. Das Deckungsverhältnis ist infolgedessen von 45 auf nahezu 60 Prozent gestiegen, trotzdem der Papiergeldumlauf in der gleichen Zeit um mehr als 60 Prozent zugenommen hat.

Das Publikum hat Vertrauen in die Währung, so daß der Wert der ungarischen Krone jetzt gesichert erscheint. Die Dividende der Nationalbank betrug 8½ Prozent nach dem ersten Halbjahr und voraussichtlich werden die weiteren Gewinne die Ansammlung einer starken Reserve ermöglichen.

Italien

Die Kosten des Lebensunterhaltes in Italien sind seit 1914 fortwährend gewachsen und steigen immer noch, wie aus kürzlich veröffentlichten Statistiken hervorgeht. Wenn man die Zahl 100 als Grundlage für 1914 annimmt, so gilt für heute als Inderzahl der Lebensmittelpreise 498.22.

Eine Tabelle der hauptsächlichsten Lebensmittel, einschließlich Brot, Spaghetti, Reis, Rindfleisch, Speck, Milch, Kartoffeln und Olivenöl, zeigt als Durchschnittsrate die Inderzahl 432.98 im Dezember 1923, 492.29 im Dezember 1924 und 498.22 im Juni 1925.

Ver. Staaten

Präsident Coolidge zollte Canada hohes Lob und sagte, die Ver. Staaten hätten keinen höheren Ehrgeiz als die idealen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verewigen. Der Präsident richtete an Senator Willis aus Ohio, der bei Einweihung eines Denkmals für den früheren Präsidenten Harding in Vancouver, B.C., eine Rede hielt, ein Schreiben. Als ich hörte, schreibt Coolidge, daß Sie in Vancouver bei Einweihung des internationalen Kiwanis-Denkmals zur Erinnerung an Präsident Harding sprechen, gedachte ich seiner beredten dortigen Ansprache vor kaum zwei Jahren. Jenem Zeugnis internationaler Freundschaft vermag ich nichts beizufügen. Jene Ansprache und der glänzende Empfang für ihn in Vancouver und dem westlichen Canada bilden ein neues Gelöbnis auf Fortsetzung der langen und ungebrochenen Freundschaft zwischen den beiden Ländern. Der Präsident verweist auf das stetige Zusammenwirken der beiden Länder über die unbefestigte Grenze. Im letzten Jahre half Canada diesem Land durch Anschluß an Verträge gegen Schmuggel und schädliche Drogen, durch Verbindung mit amerikanischen Ingenieuren zur Vermessung des großen St. Lawrence Kanalprojekts und durch die geplante Ernennung eines canadischen Vertreters bei der Washington Regierung, wie ihn Australien bereits unterhält.

Shapurji Saklatwala, kommunistisches Mitglied des Parlaments, ist der Eintritt in die Ver. Staaten als Mitglied der britischen Abordnung zu der parlamentarischen Konferenz in Washington versperrt. Dem kommunistischen Abgeordneten wurde eröffnet, daß sein Paßvisum widerrufen worden ist. Er sagte, Kellogg sei als Botschafter in London durch seinen Verkehr mit britischen Pairs und anderen Leuten ihres Standes von aristokratischen Ideen derart durchtränkt worden, daß er sogar in Amerika daran festhalte.

Völkerbund

Wenn das Genfer Protokoll vom vorigen Jahre auch schlummert, werden doch kraftvolle Anstrengungen gemacht, seine leitenden Grundzüge: Schiedsverfahren, Sicherheit und Abrüstung als lebende Kraft aufrecht zu erhalten. Aus den Vorgängen im Laufe der ersten Woche der Völkerliga-Tagung ist dies zu entnehmen. Im Hinblick auf den Widerstand Englands gegen das Protokoll, erneuert durch die kürzliche Erklärung des britischen Außenministers Chamberlain in der Ligaversammlung, wird allgemein eingesehen, daß in der gegenwärtigen Tagung für die Sache des Protokolls nichts weiter geschehen könne. Auch ist es klar, daß irgendwelche Versuche einer Abänderung des Protokolls unrätlich und gar gefahrvoll sein würden.

Während der Zank zwischen Großbritannien und der Türkei über das Mosul-Gebiet noch unentschieden ist, hat die britische Delegation beim Völkerliga-Rat Vorstellungen erhoben, daß türkische Truppen christliche Ortschaften im Mosul-Gebiet umzingelt haben und die christlichen Einwohner nach der Türkei verschleppen. Eine große Anzahl hat sich zu flüchten vermocht und in dem britischen Mandatstaat Irak Zuflucht gefunden.

In Genf ist das Gerücht verbreitet, daß die Türken an der Irakgrenze 70,000 Mann Truppen konzentrieren, offenbar um eine günstige Entscheidung ihrer Streitfrage mit Großbritannien über das Mosullgebiet zu erzwingen. Eine authentische Bestätigung dieses Gerüchts konnte bisher nicht erlangt werden.

Die Türken erklären, bereit zu sein, die Oelfelder in dem früheren Wilajet Mossul allen Ländern auf gleicher Basis zugänglich zu machen, wenn der Völkerbund ihnen die Souveränität über Mossul anerkennt, die sie verlangen.

Von anderer Seite verlautet, daß die Türken geneigt seien, den Vorschlag der Liga-Kommission für eine Teilung des strittigen Territoriums zwischen der Türkei und dem Irak anzunehmen, wenn ein solches Abkommen durch einen Pakt zwischen Großbritannien, der Türkei, dem Irak und Persien garantiert würde.

Verdeutschung des Unterrichts in der deutschen Wolga-Republik

Ueber die „russifizierten Deutschen" spricht ein Mitarbeiter in den „Pokrowsker Nachrichten". Er betont, daß die Sowjetregierung gegenüber allen bürgerlichen Staaten der Welt in nationalen Fragen eine Sonderstellung einnehme. Die Deutschen an der Wolga müßten mit voller Entschiedenheit feststellen, daß Sowjetrußland keinen nationalen Minderheiten weitgehende Zugeständnisse mache. Die Zaresregierung habe ihre Russifizierungspolitik namentlich der deutschen Intelligenz gegenüber durchgeführt. In den beiden „Zentralschulen" des Wolgagebietes seien die angehenden Dorfschullehrer in allen Fächern, sogar in der deutschen Grammatik, in russischer Unterrichtssprache ausgebildet worden. Auf diese Weise sei die Erlernung der deutschen Sprache zur reinen Plage geworden. Gewöhnlich wurde der Stoff auswendig gelernt, ohne daß sein Inhalt verstanden wurde. Deutsche Bücher zu lesen war verboten; eine deutsche Bücherei war in den Schulen vorhanden, sie war jedoch verschlossen. Zwar lernten die Schüler russisch, aber infolge ihrer deutschen Umgebung auch das nur mangelhaft. So konnte man auch auf die zukünftigen Lehrer das von den Kolonisten gedichtete Spottverschen anwenden: „Ich kann net Rusch, ich kann net Deutsch." Jetzt konne man überall ein reges Interesse für die deutsche Sprache erkennen. Anläßlich des Besuches der deutschen Arbeiterdelegation, der auch in der Wolgarepublik bevorsteht, werden überall Vorbereitungen getroffen und man will natürlich alle Loslungen, Plakate und Aufschriften in deutscher Sprache herstellen. Da sei es nun bezeichnend, daß dem guten Willen nicht immer auch das Können entspreche. Gewöhnlich schrieben die Leute ihre Sachen zunächst in russischer Sprache und übersetzten sie dann. Auf diese Weise sei z. B. dann auch das nachfolgende Plakat entstanden: „Es lebe der Kampf der deutschen und russischen Arbeiter vor die Allerweltsbewegung der Werktätigen". Daraus dürfe man aber nicht den Schluß ziehen, daß die Verdeutschungsarbeit hoffnungslos sei. Im Gegenteil, Genossen, die früher gar nicht deutsch sprachen, hielten jetzt schon ziemlich gute Reden unter der deutschen Bauernbevölkerung. Am weitesten fortgeschritten sei die Verdeutschungsarbeit im pädagogischen Technikum in Marxstadt, wo, ebenso wie in der technischen Schule, der Unterricht in allen Fächern deutsch geführt werde und, ebenso wie in den Schulen mit siebenjährigem Lehrkursus, jetzt in allen Fächern außer der russischen Sprache deutsch unterrichtet werde. Wenn also diese Absolventen einmal an die praktische Arbeit kommen, so werden allmählich die oben erwähnten Dokumente aus der Zeitzeit verschwinden und wir werden immer mehr einer deutschen Republik ähnlich werden."

Canadische Einwanderung

Ottawa. — Die Einwanderung nach Canada für die ersten drei Monate des jetzigen Finanzjahres, das heißt vom 1. April bis 30. Juni 1925, belief sich auf 32,449 Personen laut einem Bericht des Einwanderungsministeriums. Davon kamen 16,094 von Großbritannien, Nordirland und dem irischen Freistaat, 5,307 von den Ver. Staaten und 11,048 von anderen Ländern, größtenteils von Nordeuropa. In der nämlichen Zeit kehrten 9,141 Canadier aus den Ver. Staaten in die Dominion zurück. Seit 1. April 1924 betrug die Zahl der staatenmüden Canadier 52,916. (Wieviele sind aber im gleichen Zeitraum in das Land Onkel Sams ausgewandert?)

— Fast überall ein kaum nachkommender Fortschritt, nur nicht in den Gesinnungen.

— Der Mensch vermag vieles auszuhalten; mancher kann jahrelang leben, ohne geistige Nahrung zu sich zu nehmen.